Deutscher Bundestag **Drucksache 16/898**
16. Wahlperiode 09. 03. 2006

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Kauch, Angelika Brunkhorst, Horst Meierhofer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/242 –

Klimaschutz-Offensive 2006

2. zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/59 –

Den Klimawandel wirksam bekämpfen – Deutschland muss Vorreiter bleiben

A. Problem

Angesichts der ökologischen, ökonomischen und sozialen Konsequenzen des durch Menschen verursachten Klimawandels soll die Bundesregierung durch die Anträge aufgefordert werden, sich für eine konsequente Fortentwicklung der Klimaschutzpolitik auf der Grundlage des Kyoto-Protokolls einzusetzen. Hierbei werden im Rahmen des Antrags auf Bundestagsdrucksache 16/242 zahlreiche Einzelvorschläge zu einer marktwirtschaftlich orientierten Weiterentwicklung des Kyoto-Prozesses und seiner flexiblen Instrumente auf der internationalen und europäischen sowie auf der nationalen und subnationalen Ebene unterbreitet. Demgegenüber konzentriert sich der Antrag auf Bundestagsdrucksache 16/59 tendenziell stärker auf grundsätzliche Aspekte der Fortentwicklung des Kyoto-Prozesses und seines Instrumentariums unter Einbeziehung der USA sowie der Schwellen- und Entwicklungsländer.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Bundestagsdrucksache 16/242 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ablehnung des Antrags auf Bundestagsdrucksache 16/59 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/242 abzulehnen,

2. den Antrag auf Drucksache 16/59 abzulehnen.

Berlin, den 15. Februar 2006

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Petra Bierwirth
Vorsitzende

Andreas Jung (Konstanz)
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Undine Kurth (Quedlinburg)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Andreas Jung (Konstanz), Frank Schwabe, Michael Kauch, Eva Bulling-Schröter und Undine Kurth (Quedlinburg)

I.

Der Antrag auf **Drucksache 16/242** wurde in der 16. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. Februar 2006 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Tourismus sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der Antrag auf **Drucksache 16/59** wurde in der 5. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Dezember 2005 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II.

Angesichts der ökologischen, ökonomischen und sozialen Konsequenzen des durch Menschen verursachten Klimawandels soll die Bundesregierung durch die Anträge aufgefordert werden, sich für eine konsequente Fortentwicklung der Klimaschutzpolitik auf der Grundlage des Kyoto-Protokolls einzusetzen. Hierbei werden im Rahmen des Antrags auf Drucksache 16/242 zahlreiche Einzelvorschläge zu einer marktwirtschaftlich orientierten Weiterentwicklung des Kyoto-Prozesses und seiner flexiblen Instrumente auf der internationalen und europäischen sowie auf der nationalen und subnationalen Ebene unterbreitet. Demgegenüber konzentriert sich der Antrag auf Drucksache 16/59 tendenziell stärker auf grundsätzliche Aspekte der Fortentwicklung des Kyoto-Prozesses und seines Instrumentariums unter Einbeziehung der USA sowie der Schwellen- und Entwicklungsländer.

III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/59 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/242 abzulehnen. Er hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/59 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/242 abzulehnen. Er hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/59 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/242 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. und bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/242 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/242 abzulehnen.

IV.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Anträge auf den Drucksachen 16/242 und 16/59 in seiner Sitzung am 15. Februar 2006 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies auf die partei- und fraktionsübergreifenden Gemeinsamkeiten bei der Beurteilung des Klimawandels. Weder die Tatsache, dass es einen durch Menschen verursachten Klimawandel gebe, noch dessen ökologische und ökonomische Bedeutung sowie der hieraus resultierende dringende Handlungsbedarf würden in der politischen Diskussion grundsätzlich in Frage gestellt. Vielmehr habe sich über die Parteigrenzen hinweg die Erkenntnis durchgesetzt, dass – wie es der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/242 ausdrücke – Klimaschutz zu den Kernaufgaben einer generationengerechten Politik zähle. Auch hinsichtlich der klimapolitischen Ansätze bestehe zwischen den Fraktionen im Grundsatz Einvernehmen, wenngleich im Detail teilweise unterschiedliche Akzente gesetzt würden. Was die bisherigen Bemühungen innerhalb der EU zur Bekämpfung des Klimawandels anbelange, so bestehe Anlass zu einem vorsichtigen Optimismus: Die EU-Kommission habe in ihrem Bericht vom Dezember 2005 festgestellt, dass die Europäische Union nach dem jetzigen Stand ihr Ziel einer Reduktion der Treibhausgasemissionen um acht Prozent im Vergleich zu 1990 durchaus erreichen könne. Allerdings gebe es auch Ent-

wicklungen, die Sorge bereiteten. So seien die Emissionen innerhalb der EU zwischen 2002 und 2003 entgegen der langfristigen Tendenz gestiegen. Außerdem gebe es ein Ungleichgewicht innerhalb der EU; manche Mitgliedstaaten, hierunter Deutschland, seien beim Klimaschutz weit vorangeschritten, andere Mitgliedstaaten hinkten der Entwicklung hinterher. Anlass zur Sorge bereite darüber hinaus der Flugverkehr; seine rasante Zunahme und der hiermit verbundene massive zusätzliche Treibhausgasausstoß machten die Bemühungen um eine Minderung der Treibhausgasemissionen teilweise zunichte. Daher sei es anzustreben, den Flugverkehr in das europäische Emissionshandelssystem einzubeziehen. Das Thema Klimaschutz müsse auf allen politischen Ebenen stärker in den Vordergrund gerückt werden. In internationaler Hinsicht komme es hierbei u. a. darauf an, die USA und die fortgeschrittenen Schwellenländer in die Klimaschutzbemühungen einzubeziehen, auf der europäischen Ebene müsse das etablierte Emissionshandelssystem reformiert und weiterentwickelt werden und in nationaler Hinsicht gelte es, die im Koalitionsvertrag getroffenen klimapolitischen Vereinbarungen umzusetzen, hierunter Vereinbarungen zur Ausweitung der energetischen Gebäudesanierung, zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien, zur Verbesserung der Energieeffizienz sowie zur effizienteren Gestaltung des Emissionshandels in Deutschland im Rahmen des Nationalen Allokationsplans II. Bereits jetzt wolle man darauf hinweisen, dass von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD zum Thema Klimaschutz ein eigener Antrag vorbereitet werde. Vor diesem Hintergrund werde man die vorliegenden Anträge trotz einzelner grundsätzlicher Übereinstimmungen ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** erinnerte an ihre Ausführungen im Rahmen der Beratung des Antrags der Fraktion der FDP in der 16. Plenarsitzung am 9. Februar 2006; hierin habe man ausführlich zu den klimapolitischen Herausforderungen sowie zu einzelnen klimapolitischen Vorhaben der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, etwa zur Fortentwicklung des Emissionshandels unter Einbeziehung von Straßenverkehr, Flugverkehr und Schifffahrt, zur Verbesserung der Energieeffizienz und zu einer weiteren Erhöhung des Einsatzes erneuerbarer Energien, Stellung genommen. Der von der Fraktion der FDP vorgelegte Antrag biete eine Reihe interessanter Ansätze, gehe allerdings von einer sehr marktoptimistischen Sichtweise aus, die man so nicht teile. Marktwirtschaftliche Ansätze seien grundsätzlich zu befürworten, häufig jedoch nicht in der Lage, die angestrebten Ziele alleine zu erreichen. Im Übrigen sei dieser Antrag im Hinblick auf die klimapolitische Vorreiterrolle Deutschlands, die es möglichst aufrecht zu erhalten gelte, zu defensiv formuliert. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beinhalte ebenfalls eine Reihe interessanter Aspekte, sei jedoch inhaltlich teilweise veraltet. Er lasse ferner außer Acht, dass eine klimapolitische Vorreiterrolle Deutschlands der Abstimmung mit den europäischen Nachbarstaaten im Rahmen der EU-Klimaschutzpolitik bedürfe, um nicht in die Isolation zu geraten. Wie bereits von der Fraktion der CDU/CSU dargelegt, werde von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD ein eigener Antrag zur Klimaschutzpolitik vorbereitet. Den vorliegenden Anträgen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN könne man aus den genannten Gründen nicht zustimmen.

Die **Fraktion der FDP** wies darauf hin, dass der von ihr vorgelegte Antrag bereits am 9. Februar 2006 im Plenum inhaltlich vorgestellt worden sei; er ziele vor allem darauf ab, den Emissionshandel in ökologischer und ökonomischer Hinsicht zu optimieren sowie die Bereiche Verkehr und Gebäude stärker in den Klimaschutz zu integrieren. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalte eine Reihe richtiger Ansatzpunkte. Allerdings könne man der Aufforderung dieses Antrags zu einem besonderen Beitrag Deutschlands zum Klimaschutz nicht zustimmen, bevor hierzu Verhandlungen auf EU-Ebene aufgenommen seien. Deutschland habe in den vergangenen Jahren zwar einen höheren Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen als andere Staaten geleistet, ein erheblicher Teil hiervon sei jedoch der Deindustrialisierung in den neuen Bundesländern geschuldet; diesen Tatbestand gelte es bei der Festlegung künftiger Reduktionsziele zu berücksichtigen. Statt einer einseitigen Festlegung auf ein hohes nationales Reduktionsziel sei es sinnvoller, für ein bestimmtes europäisches Reduktionsziel einzutreten und sich um eine faire innereuropäische Verteilung dieser Reduktionsverpflichtung auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens zu bemühen. Jedenfalls gelte es zu vermeiden, dass sich einzelne EU-Mitgliedstaaten um nationaler wirtschaftlicher Vorteile willen auf Kosten Deutschlands ihrer Reduktionsverpflichtung teilweise entzögen. Vor diesem Hintergrund werde sich die Fraktion der FDP bei der Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Stimme enthalten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, beide Anträge seien bereits ausführlich im Plenum diskutiert worden. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde befürwortet. Insbesondere begrüße man die darin enthaltene Aufforderung an die Bundesregierung, sich dazu zu verpflichten, die nationalen Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Die Auffassung, dass Deutschland generell ein Vorreiter in der internationalen Klimaschutzpolitik sei, teile man dagegen nicht; angesichts der Entwicklung in den letzten Jahren nehme Deutschland keineswegs mehr eine unbestrittene klimapolitische Führungsposition ein. Der Antrag der Fraktion der FDP werde abgelehnt. Er unterliege offensichtlich einer Faszination gegenüber den flexiblen Instrumenten des Kyoto-Protokolls, die man angesichts der mit diesen Instrumenten verbundenen ungeklärten Probleme nicht teile. So werfe beispielsweise die geforderte Einbeziehung von Waldsenken in den europäischen Emissionshandel zahlreiche offene Fragen hinsichtlich der tatsächlichen Bindung von Kohlendioxid im Zeitverlauf auf. Darüber hinaus bereite die Entwicklung bei den CDM-Projekten (CDM: Mechanismus für eine umweltverträgliche Entwicklung) Anlass zur Sorge. Gemessen am Emissionsvolumen beziehe sich der überwiegende Teil der registrierten oder in Prüfung befindlichen CDM-Projekte auf Vorhaben, die mit HFC-23 ein unerwünschtes Kältegas bei der Kältemittelproduktion zerstörten oder Lachgas auffingen. Beides seien Gase mit einem vergleichsweise sehr hohen Treibhauseffekt, sie generierten daher im Verhältnis zur jeweils unschädlich gemachten Gasmenge hohe Mengen an CO_2-Äquivalent. Insofern bestehe die ernst zu nehmende Gefahr, dass lediglich auf Halde produziert werde, um anschließend im Rahmen des CDM in den Genuss entsprechend hoher Mengen an CO_2-Äquivalent zu gelangen. Zur Vermeidung solcher Fehlentwicklungen bedürfe es daher zunächst einer sorgfältigen Überprüfung der Wirkung der flexiblen Instrumente.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, angesichts des raschen weltweiten Klimawandels und der hierdurch ausgelösten Zunahme katastrophaler Naturereignisse bestehe dringender klimapolitischer Handlungsbedarf; die Herausforderungen seien bekannt, unbestritten sei auch, dass rasch etwas gegen den weltweiten Klimawandel unternommen werden müsse. Um so bedauerlicher sei es, dass sich die Fraktionen der CDU/CSU und SPD nicht in der Lage sähen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu unterstützen. Der Antrag sei zwar im Vorfeld der elften Konferenz der Vertragsparteien der UN-Klimarahmenkonvention, die vom 28. November bis zum 9. Dezember 2005 im kanadischen Montreal stattgefunden habe, vorgelegt worden, habe aber nichts von seiner klimapolitischen Aktualität eingebüßt. Wichtig sei, dass Deutschland weiterhin seiner Vorreiterrolle beim Klimaschutz gerecht werde. Ferner gelte es, sich nachdrücklich für eine aktive Teilnahme der USA am globalen Klimaschutzprozess sowie für die schrittweise Einbeziehung großer Schwellen- und Entwicklungsländer wie China, Indien und Brasilien in den fortentwickelten Kyoto-Prozess einzusetzen. Mit dem von der Fraktion der FDP vorgelegten Antrag stimme man in einer Reihe von Punkten überein. Dennoch könne man diesem Antrag nicht zustimmen, da u. a. versäumt worden sei, in dem Antrag ein längerfristiges quantitatives Klimaschutzziel für Deutschland zu benennen. Die Festlegung eines derartigen konkreten Zieles halte man jedoch für erforderlich, um den Bemühungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen einen konkreten messbaren Rahmen vorzugeben. Daher werde man sich bei der Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP der Stimme enthalten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 16/242 abzulehnen.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 16/59 abzulehnen.

Berlin, den 9. März 2006

Andreas Jung (Konstanz)
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Undine Kurth (Quedlinburg)
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333